

Das wahre Wahlergebnis vom 15. Februar 2015 in Hamburg:

Es ist zum Standard geworden, Wahlergebnisse falsch zu veröffentlichen. Das Kriterium Falsch oder Richtig ist sehr einfach daran festzumachen, ob alle Prozentzahlen einen gleichen Referenzwert zu 100 % haben. Das ist bei der Darstellung von Wahlergebnissen nicht der Fall. Nur die Prozentzahl der Nichtwähler (hier auch Nichtwahlteilnehmer genannt) wird zum richtigen Referenzwert 100 % genannt. Jedoch die „abgegebenen Stimmen“ werden von dem wahren Referenzwert 100 % abgekoppelt und die Ergebnisse werden dann nur noch in dieser isolierten Form zu einem vermeintlich 100 % Referenzwert genannt. Da aber gleichzeitig die Zahl der Nichtwähler weiterhin zum wahren Referenzwert 100 % genannt wird, steht hinter dieser Darstellung eine Absicht. Sicher ist der Begriff „Wahlbetrug“ nicht angemessen – aber die Machtinhaber meinen sehr wohl, eine solche „kreative Wahlbilanz-Darstellung“ ihrem Wahlvolk vormachen zu müssen:

Ergebnisse Bürgerschaftswahl HH 2015

Parteien	Vorläufiges Endergebnis Prozent der Wählenden	Prozent der Wahlberechtigten	Prozent der Bevölkerung Hamburgs
Nichtwahlbeteiligte		44,50%	59,92%
SPD	45,7%	25,36%	18,32%
CDU	15,9%	8,82%	6,37%
Grüne	12,2%	6,77%	4,89%
Linke	8,5%	4,72%	3,41%
FDP	7,4%	4,11%	2,97%
AfD	6,1%	3,39%	2,45%
Sonstige	4,2%	2,33%	1,68%
Wahlbeteiligung:	55,50%		40,08%
Einwohnerzahl ca.:	1.800.000		
Wahlberechtigte ca.:	1.300.000		
		In %	
Gesamtanzahl Wähler:	721.500	55,50%	
Gesamtanzahl Nichtwähler:	578.500	44,50%	
Gesamtanzahl Nichtwahlbeteiligte:	1.078.500		59,92%

(Diese nach dem vorläufigen Endergebnis zugrunde gelegten Zahlen haben sich durch das amtliche Endergebnis nur leicht geändert, was für die Aussage dieser Darstellung unerheblich ist.)

In der Tabelle sind (bis einschließlich der Zeile Wahlbeteiligung 55,50 %) **in der ersten Spalte** die sich so ergebenden **offiziellen** - aber **falschen** Werte dargestellt. **In der zweiten Spalte sind dann die wahren Wahlergebnisse alle zum gleichen 100 % Referenzwert dargestellt.**

In der dritten Spalte sind einmal die Wahlergebnisse im Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl dargestellt. Nicht einmal eingerechnet sind alle tatsächlich in der Stadt lebenden Menschen, wie Flüchtlinge und Leute ohne Wohnsitz. Es geht bei der Betrachtung dieser Spalte nicht darum, ob Babys wählen sollen, sondern darum, sich bewusst zu machen, dass eine absolute Minderheit sich anmaßt, das ganze System von durch Gewaltabsicherung aufrecht erhaltene Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung der großen Mehrheit aufdrücken zu dürfen – (siehe aktuelle Politik: <http://taz.de/Koalitionsverhandlungen-in-Hamburg/!156427/> - sie sprechen ja all zu gern von ihrer vermeintlichen Verantwortung für die nachgeborenen Enkel. Da gehören dann zumindest die schon lebenden Babys dazu. Zitat aus einer aktuellen Studie:

„Nicht einmal die Hälfte der Befragten akzeptiert das Gewaltmonopol des Staates“: <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article137761118/Jeder-fuenfte-Deutsche-will-die-Revolution.html>

Bei der so hochgepriesenen „Repräsentativen Demokratie“ **wird sich gern auf das antike Griechenland berufen, wo die vermeintlich so vorbildliche Wiege der Demokratie „geschaukelt“ wurde.** Jedoch auf jeden ach so freien antiken griechischen Demokraten kamen 3-4 Sklaven, die von jeder Demokratie ausgeschlossen waren. Dieses griechische Vorbild wird „grob zusammengefasst“ „vergleichsweise“ mehr oder weniger im heutigen Staatswesen fortgesetzt.

Im Internet findet man unter diesem Link einen Aufsatz in der Stuttgarter Zeitung. Dort stehen zunächst wundersame verklärende Beschreibungen, dass in Athen wirklich das Volk regiert hat: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.interview-mit-althistoriker-meier-in-athen-hat-wirklich-das-volk-regiert.e67b419a-3773-4386-892e-ae2204b9d6eb.html> **Aber die nachfolgenden Sätze trüben dann den schönen Schein, die da lauten:** „Mancher hatte Sklaven, um den Haushalt kümmerten sich die Frauen.“ „Vom Streben nach sozialer Gleichheit kann man nicht sprechen.“

„Und man sollte nicht vergessen, dass zur stimmberechtigten Bürgerschaft Attikas nur ein Teil der Bevölkerung zählte. Sklaven und Frauen gehörten ohnehin nicht dazu. Aber auch die Zuwanderer konnten kein Bürgerrecht erwerben. Bürger Athens war man, wenn man väterlicherseits von Athenern abstammte, in der Regel von solchen, die einst Bodenbesitzer gewesen waren. Zuwanderer mussten jedoch, anders als die attischen Bürger, Steuern zahlen und durften kein Land erwerben.“

„Vorstellungen, Migranten als Staatsbürger in die Gemeinschaft zu integrieren, waren ganz und gar ungriechisch. **Je demokratischer man war, umso eifersüchtiger hütete man sein Bürgerrecht.**“ Daran hat sich bis heute nicht grundsätzlich etwas geändert: <http://www.jungewelt.de/2015/02-20/065.php> Asoziale Republik Deutschland. Der Aufsatz endet dann mit der Erkenntnis: „Vielleicht kann man aber hier einen Anstoß für etwas Aktuelles beziehen: **dass Staat nichts für sich ist.**“ (Wie wahr!)

Bei der Wahl vom 15. Feb. 2015 in Hamburg durften sogar erstmals auch 16- und 17-Jährige wählen. In der Hamburger Morgenpost vom 18. Feb. 2015 schreibt ein Leser: „Ich hoffe, Ihr Nichtwähler wisst, dass ihr alle unser demokratisches Grundrecht mit Füßen tretet. Leider hat wieder die Dummheit und Faulheit gesiegt!“

Wenn auch nicht so drastisch, so kommen auch aus den Reihen der Politiker Sprüche, die im Kern das gleiche von diesem Mopo-Leser ausdrücken sollen. Die Menschen hätten in früheren Zeiten so sehr darum gekämpft, wählen zu dürfen. In der Schweiz hatten bis vor wenigen Jahren die Frauen noch kein Wahlrecht usw. Der Hamburger CDU-Vorsitzende Marcus Weinberg stellte in einer Fernseh-Talkshow auf Hamburg 1 vom 17. Feb. 2015 die Forderung nach einer Wahlpflicht.

Nun sollen hier keinesfalls umgekehrt der Parlamentarismus und seine oft als „Wahlvieh“ betitelten Wähler beschimpft werden. Es ist nur wichtig, das Ziel (wahrscheinlich nicht mehr unter dem Begriff Demokratie sondern) zu einem „Direkten echten Konsens“ fest im Auge zu haben. Auf dem Weg dahin gilt aber dennoch: „Seid nett zu den Mitmenschen, die noch wählen gehen und auch manche/r Politiker/in verdient durchaus großen Respekt für das, was sie/er leistet.“

Sicher ist das Erkämpfen von Wählendürfen eine Errungenschaft in der gesellschaftspolitischen Entwicklung. Aber diese Entwicklung bleibt nicht stehen sondern geht weiter und längst hat eine Entwicklung begonnen für ein Bewusstsein hin zu einem „Direkten Konsens“. Wenn schon vor Jahrzehnten der herausragende SPD-Politiker Willi Brand forderte, mehr Demokratie zu wagen, dann ist das zwar loblich aber belegt auch, dass es eine echte Demokratie tatsächlich eben nicht gibt.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann aus Baden Württemberg von Bündnis 90/Die Grünen forderte angesichts der immer geringeren Wahlbeteiligung, die Bürger mehr „direkt“ zu beteiligen. Das hört sich erst einmal loblich an und jede echte Bürgerbeteiligung wäre auch ein wichtiger Schritt. **Ohne die stetig steigende Zahl von Nichtwahlbeteiligten, würde bei den Machtinhabern eine derartige**

Erkenntnis erst gar nicht aufkommen.

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die meisten derartigen Beteiligungsangebote lediglich Mitmachfallen sind – wo sich das System des Wählendürfens nur spiegelt – einzig zum Zweck, nichts wirklich zu verändern, um die Machtstrukturen beizubehalten. Und dort, wo Menschen glaubten, sich Beteiligung schon erkämpft zu haben, gibt es kein Ausruhen. (**Es bleibt ein ständiger Kampf:** <http://das-gaengeviertel.info/neues/details/article/stellungnahmeaktuelle-hintergrundinfos.html> **und die Partei mit einem linken Anspruch führt sich so vor:** <http://www.neues-deutschland.de/artikel/963531.fehlstart-in-hamburg.html> **und hier nochmal in der TAZ:** <http://www.taz.de/Linkspartei-in-Hamburg/!155678/> **und der Kommentar: Ränkespiele auf Sandkastenniveau:** <http://taz.de/Kommentar-Hamburgs-Linken-Chefin/!155689/> Im Wahlkampf warb sie für ein soziales Hamburg mit dem Slogan: „Mehr Menschlichkeit, das muss drin sein.“: <http://taz.de/Nach-der-Wahl-in-Hamburg/!155734/> Diese Vorführung in der Linkspartei ist aber noch eine Art von „ehrlicher“ Offenbarung. In anderen Parteien werden diese Machtspiele schon völlig normal verkrustet vor dem Wahlvolk meistens besser gedeckelt. Es sind aber immer Machtspiele nur ihrer selbst willen, was die Untauglichkeit der „Repräsentativen Demokratie“ deutlich macht. Der Weg muss aber ein Zusammenleben von **Direkter Konsensfindung** aller sein, wo nicht ein Teil mit Abstimmungen einen anderen Teil „über-stimmt“.)

Wichtig ist, sich nicht nur mal aufzuregen – das kann jede/r. **Dran bleiben ist die große Kunst.** Nun könnte man unendlich viele Beispiele zu diesem Thema bringen. Hier soll nur als Beispiel das Geschehen um das Atomkraftwerk Brokdorf zitiert werden: **Die Repräsentative Demokratie am Beispiel Brokdorf:**

Zur Durchsetzung des im Schulterschluss von Atomindustrie und Staat geplanten Atomkraftwerks Brokdorf musste auch ein demokratisches Feigenblatt her – wo die Bevölkerung demokratisch mitwirken sollte. Unter Leitung des damaligen Bürgermeisters Block aus Brockdorf wurde im Dezember 1973 eine sogenannte Volksbefragung in den Gemeinden Wewelsfleth und Brokdorf durchgeführt mit dem Ergebnis, dass von den 66,87 % Wahlberechtigten die überwältigende Mehrheit von 75,27 % gegen das Atomkraftwerk stimmte und nur ein verschwindend geringer Anteil von 19,59 % dafür stimmte.

Dieses Wahlergebnis wurde dann aber entgegen ihres eigenen demokratischen Dogmas so plump missbraucht, dass man „nur“ die Gegenstimmen (in doppelter Hinsicht manipulierte) einfach unter Weglassung des wahren Verhältnisses in Relation zu den 100 % Wahlberechtigten setzte. Die Vertreter der Atomindustrie und ihre Politiker wie Bürgermeister Block und der Landrat des zuständigen Kreises Steinburg behaupteten somit immer, dass nur 48,28 % gegen das AKW gewesen seien. **Damit wurde offensiv vorgetäuscht, dass über die Hälfte (51,72 %) für das AKW seien.** Es geht hier nicht darum, dass man über die Sicherheit von Atomkraftwerken abstimmen könnte sondern **es geht um dies historische**

Dokument, wie unter dem Deckmantel der Demokratie eklatant missbräuchlich mit uns verfahren wird.

Als es der Atomindustrie und ihren Politikern nicht gelang, den Widerstand gegen das Atomkraftwerk Brokdorf zu bändigen, griffen sie in die demokratische rechtsstaatliche Trickkiste und riefen bei den Leuten in der Wilstermarsch an, dass sie doch endlich eine Klage mit dem Ziel eines Baustopps einreichen sollten, was diese dann auch taten. Der Klage wurde sofort stattgegeben. Die Folge war, dass sich der Widerstand anlässlich der bevorstehenden Demo vom Februar 1977 spaltete. Die Atommafia hatte erreicht, dass die Bauern und Parteien wie SPD einschließlich der Jusos und auch Gewerkschaften durch diesen gerichtlich verfügten Baustopp auf den guten Rechtsstaat vertrauten und sich nicht mehr an der gemeinsamen Demo mit dem Aufruf zu einer Bauplatzbesetzung beteiligten, sondern eine gesonderte friedliche Demo in Itzehoe durchführten unter dem Motto „Für Frieden in der Wilstermarsch“.

Diese dann folgende friedliche Zeit nutzten der damalige SPD Bundeskanzler Helmut Schmidt und der niedersächsische CDU Ministerpräsident Ernst Albrecht zu einer Verabredung, Gorleben als Endlager auszuweisen und gesetzlich festzulegen, dass lediglich ein Endlager in Gorleben erkundet werden braucht und keinesfalls schon tatsächlich existieren müsse.

Als dieses ruchlose Komplott auch bei den Menschen in der Wilstermarsch ihr Vertrauen in den Rechtsstaat schmelzen ließ und mit diesem Pseudo-Atomüll-Endlager klar wurde, dass bald das AKW weitergebaut werden sollte, waren es (eben außerparlamentarische) Autonome Gruppen, die den Widerstand schon vor 1980 in Brokdorf wieder zusammenbrachten. Es waren in Hamburg auch undogmatische linke Autonome, die zuerst das Anti-AKW-Thema aufgegriffen haben und dafür von anderen nach Parteipolitik strebenden Gruppen anfangs nicht ernst genommen wurden.

Vor einer Brokdorf-Großdemonstration hielt Helmut Schmidt in einer Sondersendung nach der ARD-Tagesschau eine Ansprache, wo er dazu aufrief, einen klaren Trennungsstrich zu ziehen, zwischen denen, die nach demokratischem Recht und Gesetz friedlich ihre Meinung zum Ausdruck bringen wollen und denjenigen, die das Demonstrationsrecht nach seiner Meinung missbrauchen wollen. Sein Credo lautete: Jeder soll nach demokratischem Recht friedlich demonstrieren dürfen, damit die Atommafia genau so friedlich das Atomkraftwerk bauen kann. **Helmut Schmidt blieb selbst nach allen Atom-GAUS ein Verfechter der Atomkraft.** Dazu das Zitat des CDU-Kanzlers Helmut Kohl: „Wir regieren und die demonstrieren“